

Antrag	Datum	Nummer
Öffentlich	25. Apr. 2012	2137/12
Absender Fraktion BIBS Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Adressat Oberbürgermeister Dr. Hoffmann Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Gremium Rat	Sitzungstermin 08.05.2012	
Betreff Fracking Stellungnahme der Stadt gegenüber dem LBEG		

In der Ratssitzung am 20.03.2012 teilte die Verwaltung mit, sie sei 2006 und 2009 zweimal zu einer Stellungnahme gegenüber dem niedersächsischen Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) bezüglich einer Erlaubniserteilung zur Aufsuchung von Bodenschätzen, die Fracking-Vorhaben im Braunschweiger Stadtgebiet beinhalten können, aufgefordert worden. 2006 hatte die Stadt mitgeteilt, dass keine Bedenken hinsichtlich einer solchen Erlaubniserteilung bestünden. 2009 hatte die Stadt keine Stellungnahme in der vorgegebenen Frist abgegeben. Damit hatte Braunschweig nach Angabe des LBEG „keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Erteilung dieser Erlaubnis geltend gemacht.“ Vor dem Hintergrund der am 20.03.2012 beschlossenen Resolution gegen die Durchführung von Fracking in Braunschweig möge der Rat nunmehr beschließen:

„Die Verwaltung zieht die 2006 abgegebene Stellungnahme offiziell zurück und gibt gegenüber dem LBEG nun eine schriftliche Stellungnahme ab, in der sie auf Grund des Ratsbeschlusses vom 20.03.2012 das bei der Erdgasförderung umstrittene Fracking-Verfahren sowohl in Bezug auf die Erlaubnis zur Aufsuchung von Erdgaslagerstätten als auch deren Förderungsbewilligung im Hinblick auf das öffentliche Interesse ablehnt.“

Gez.
 Dr. Dr. Wolfgang Büchs
 (BIBS-Ratsherr)